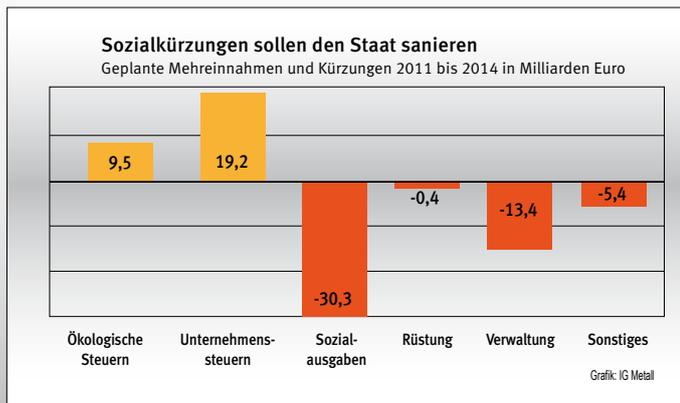




Krisenlasten gerecht verteilen

Die Fakten

Die Bundesregierung will mit dem Sparpaket ihren Haushalt in Ordnung bringen. Gespart wird dabei vor allem bei den Schwächsten der Gesellschaft: Bei Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern. Besserverdienende und Besitzer großer Vermögen bleiben dagegen verschont. Gekürzt werden sollen bei Hartz-IV-Empfängern unter anderem Pflichtleistungen für Arbeitslose (etwa Anspruch auf Qualifizierung), Rentenbeiträge, Elterngeld und Heizkostenzuschuss.



Nicht zur Kasse gebeten werden die Verursacher der Krise: Banken, Spekulanten und Finanzmärkte werden nur symbolisch an dem Schaden beteiligt, den sie angerichtet haben. Lediglich 2 Mrd. Euro soll eine Bankenabgabe in die Staatskasse spülen. Dagegen haben die Banken bis heute über 30 Mrd. Euro direkt und über 150 Mrd. Euro als Bürgschaften durch den Steuerzahler erhalten.

Damit wird eine Klientelpolitik fortgesetzt, die unsere Gesellschaft zu spalten droht. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verfügen heute schon über 60 Prozent des gesamten Vermögens – Tendenz steigend. Dagegen steigt die Armutsquote steil an. Die Armutsquote ist von 6 Prozent im Jahr 1985 auf inzwischen 11 Prozent geklettert. Die Armutsquote von Kindern sogar auf 16 Prozent. In keinem anderen entwickelten Land haben Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in Deutschland.

Die öffentlichen Haushalte sind klamm. Dies betrifft insbesondere die Kommunalhaushalte und damit wiederum zuerst die abhängig Beschäftigten und ihre Familien. Schwimmbäder, Bibliotheken und Sozialeinrichtungen werden geschlossen. Auch das Versprechen nach Ganztagesbetreuung auch für Kleinkinder scheint an der Finanzklemme der Kommunen zu scheitern.

Unsere Argumente

Diese Politik steuert in die falsche Richtung: Die Folgen der Krise zu nutzen, um weiter Politik zulasten abhängig Beschäftigter, Arbeitslosen, Rentnern und Familien zu machen, ist zutiefst ungerecht. Werden Masseneinkommen stärker belastet, bremst das die konjunkturelle Erholung.

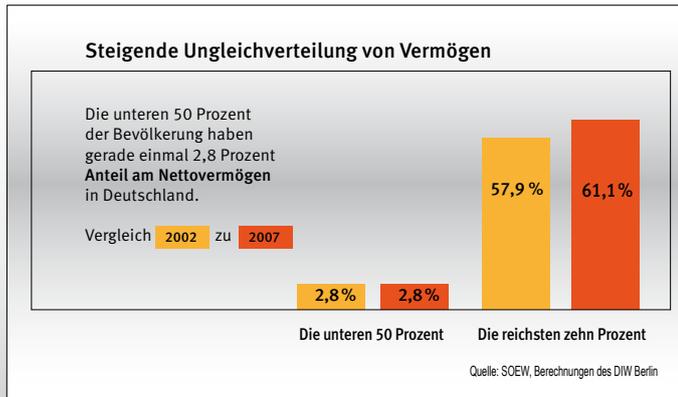
Die geplante Streichung von Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist angesichts der strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt ein Irrweg. Nur wenn wir massiv in Bildung und Ausbildung und in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie investieren, verhindern wir, dass auf der einen Seite Menschen beruflich abgehängt werden, während andererseits ein Mangel an Fachkräften herrscht. Deshalb benötigen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Schon längst ist das Kasino wieder eröffnet. Die Ursachen der Krise – extreme Ungleichheit und weitgehende Deregulierung der Finanzmärkte – werden nicht angetastet. Inzwischen wird, wie die Griechen-

landkrise zeigte, gegen ganze Länder spekuliert, deren Bevölkerung sozialer Kahlschlag droht. Neue Spekulationsblasen bauen sich auf und damit die Gefahr, dass die Weltwirtschaft abermals in den Abgrund gezogen wird. Konsequentes Handeln zur Regulation der Finanzmärkte ist überfällig.

Die Krise hat insbesondere die Gemeindefinanzen getroffen. Sie hatten 2009 mit einem Defizit von 7,2 Mrd. Euro zu kämpfen, 2010 werden es über 15 Mrd. Euro sein. Statt über Steuersenkungen nachzudenken, muss die Einnahmehasis der Kommunen gestärkt werden. Wir brauchen eine Gemeindefinanzreform. Allein der Rückgang bei der Gewerbesteuer verringert die Einnahmen um insgesamt etwa 10 Mrd. Euro für die Jahre 2009 und 2010 .

Ohne die größeren Steuerrechtsänderungen der letzten zehn Jahre, die insbesondere Unternehmen, Spitzenverdiener und hohe Einkommen entlasteten, hätten die Kommunen heute Mehreinnahmen von jährlich über 8 Mrd. Euro.



Unsere Forderungen

- Stoppt das Sparpaket zulasten von Hartz-IV-Empfängern und Arbeitslosen!
- Wir fordern eine Abgabe auf hohe Vermögen durch einen nationalen Lastenausgleich, der dazu dient, die Lasten der Krise abzutragen.
- Wir fordern eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, um die Zukunftsaufgaben wie Bildung und Innovation zu finanzieren.
- Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen und Spekulationen künftig zu erschweren.
- Eine Gemeindefinanzreform ist notwendig, um die Einnahmehasis der Kommunen zu stärken.